Zeitschrift: Pädagogische Blätter: Organ des Vereins kathol. Lehrer und

Schulmänner der Schweiz

Herausgeber: Verein kathol. Lehrer und Schulmänner der Schweiz

**Band:** 14 (1907)

Heft: 9

**Artikel:** Zu einer Tagesfrage [Fortsetzung]

Autor: [s.n.]

**DOI:** https://doi.org/10.5169/seals-527681

## Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

## **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

## Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 14.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die für die Ansteckung anderer Kinder gefährliche Zeit sei nicht das Höhesstadium, wo die eigentlichen Keuchhustenanfälle auftreten, sondern das diesem vorausgehende Stadium des einsachen Katarrhs. Er schließt dies daraus, daß die im Spitale behandelten Kinder, die dann in die Anstalt kommen, wenn die Krankheit auf ihrem Höhestadium sich befindet, die anderen Kinder nicht mehr anstecken, und er glaubt auch, daß der Umstand, daß es bisher, tretz aller eifrigen Nachsorschungen nicht gegelungen ist, den Erreger des Keuchhustens zu sinden, nur dem Moment zuzuschreiben sei, daß die Untersuchungen zu unrichtiger Zeit ausgesührt wurden. Diese würden nömlich immer zur Zeit der voll ausgebrochenen Krankheit vorgenommen, während sie nur im Ansangsstadium Aussicht auf Ersolg haben. Aus demselben Grunde wird die Jolierung in den Familien meist zwecklos, denn wenn die Krankheit einmal eingeschleppt ist, so sind die Kinder meist angesteckt, bevor die Krankheit erkannt ist.

Selbstverständlich muffen die von ansteckenden Krankheiten befallenen Kinder vom Schulbesuch und vom Verkehr mit anderen Kindern so lange ferngehalten werden, bis sie völlig genesen, die Krankheit nicht mehr ansteckend ist und eine gründliche Desinfestion stattgesunden hat. Bei Masern sind mindestens drei, bei Diphtherie vier und bei Scharlach sechs Wochen für die Isolierung nötig. Keuchhustenkranke Kinder sollen die Schule erst dann besuchen, wenn die Anfälle geschwunden sind. Auch die Geschwister der Erkrankten sind vom Schulbesuch ferne zu halten, namentlich auch bei Keuchhusten, da ja die Geschwister meist schon angesteckt sind und in diesem Stadium die Krankheit sehr leicht wieder auf andere übertragen.



## Bu einer Cagesfrage.

П.

Gine 2. behördliche Beschlußfassung gerechter und versöhnlicher Art ist die der St. Galler Regierung betreffend dem bekannten Schulgebet-Handel in Flums. Die reg.-ratliche Antwort lautet im Wortlaute also:

- "1. Es sei die von einer Schulgemeinde zur Leitung ihres Schulwesens berusene Behörde berechtigt, ein vor Beginn des gesetzlichen Schulunterrichtes und nach Schluß desselben abzuhaltendes Schulgebet, von dem sie überzeugt ift, daß es den religiösen Anschanungen der Mehrheit ihrer Schulbürger entspricht, anzuordnen; tagegen stehe es den Inhabern der väterlichen Gewalt frei, ob sie ihnen unterstellten Schüler an dem Schulgebete teilnehmen lassen wollen ober nicht. —
- 2. In Anwendung dieses Grundsates sei der Refurs der 479 Schulgenossen von Flums und Berschis gegen den Erziehungsratsbeschluß vom 20. Juni 1906 geschützt.

Der Regierungsrat stütt fich in Begründung dieses Beschlusses auf folgende

Erwägung:

- 1. Buvorberft erscheint eine Unterscheidung von fog. Simultanschulen von anbern nicht zuläffig, weil, wenn unter biefem Musbrucke Schulen, bie von ben Ungehörigen verschiedener religiofer Befenntniffe besucht werben, verftanden find, alle öffentlichen Schulen im Ranton St. Gallen als Simultanschulen zu bezeich. nen find. Denn auch ba, mo noch von ber Beit ber, mo bie Bewohner bes Ranions St. Gallen fich nur aus romischen Ratholiten und reformiert Evangelischen zusammensetten, "tatholische" und "evangelische" Schulgemeinben und Schulen nebeneinander beftehen, befigen biefe Schulen boch feinen ausschlieflich tonfeffionellen Charafter mehr, weil, abgeseben von ber Tifferenzierung, die fich innert bes Rahmens beiber alten biftoriften Konfessionen vollzogen bat, Israeliten und auch folde, die aus einer ber alten driftlichen Ronfessionen ausgetreten finb, ohne ber anbern beizutreten, bas Recht erhalten haben, fich ber einen ober ber andern Schulgemeinde als vollberechtigte Schulgenoffen anzuschließen. hieraus folgt: aber, bag auch in ber Frage eines Schulgebetes vom Staate aus für alle Schulen des Kantons einheitliche Bestimmungen aufgestellt werden mussen, wie benn auch die Bundesverfaffung nicht verschiebene Arten ber öffentlichen Schule fennt.

3. Hieraus folgt, daß, wenn man in einer Schule ben gesetlichen Unterricht mit einem Gebete beginnen und schließen will, dies nicht verboten werden kann, aber daß es ebensowenig geboten werden kann, an einem solchen Gebete teilzunehmen. Die Teilnahme muß eine burchaus freiwillige sein. Was den Inhalt des Schulgebetes betrifft, so ist derfelbe von der der betreffenden Schule unmittelbar vorgesetten Behörde zu bestimmen, welche selbstverständlich bestrebt sein

wird, möglichft vielen bie Teilnahme am Bebete ju ermöglichen.

4. Dieses Verfahren steht nicht im Widerspruche mit Art. 27 der Bundesverfassung, welcher bestimmt, daß die öffentlichen Schulen von den Angehörigen
aller Bekenntnisse ohne Beeinträchtigung ihrer Glaubens- und Gewissensfreiheit
sollen besucht werden können. Denn die, welche nicht mitbeten wollen, können ja
ben zwischen den beiden Gebeten liegenden Unterricht ohne irgend eine Beeinträcktigung mitgenießen. Die Bundesversassung sordert einen gemeinsamen und,
damit ein solcher möglich sei, konsessionell neutralen Unterricht, nicht auch ein
gemeinsames, konsessionell neutrales Gebet, wie ein solches eigentlich son begrifflich undenkbar erscheint.

Dieses Versahren steht aber auch nicht im Widerspruch mit Art. 50 der Bundesverfassung, welcher bestimmt, daß die Ausübung gottesdienstlicher Hand-lungen nur innerhalb der Schranken der Sittlichkeit und der öffentlichen Ordnung gewährleistet ist. Denn, daß die Sittlichkeit dabei Gefahr laufen werde, oder die öffentliche Ordnung dadurch gestört werden könnte, wenn die Mehrheit der Schüler einer Klasse die furze Zeit vor und nach dem Unterrichte zu einem

Bebete verwendet, tann im Ernfte nicht behauptet werben.

Wohl aber wird dieses Verfahren ber Allen garantierten Glaubens- und Gewissensfreiheit gerecht, indem es dieselbe in negativer Richtung vollständig sichert und in positiver so weit, als es die nun einmal bestehenden Glaubensdissernzen überhaupt möglich machen. Im Gegensaße dazu würde das Verbot eines Schulgebetes die Glaubensfreiheit in positiver Richtung völlig ausbeben, ohne dafür natürlich in negativer mehr bieten zu können."

Soweit der St. Galler Reg. Rat., ber notabene aus 2 Radikalen, 2 freisinnigen Demokraten und 3 Kömisch-Katholischen besteht. Der Beschluß wurde mit den Stimmen der letzteren 5 gegen die ersteren 2 gefaßt.

Wir legen eine eigene Besprechung bieses hochachtbaren Beschlußes zugunften ber ebeneingelaufenen Darlegung unseres St. Galler O Rorrespondenten

beiseite. Es schreibt berselbe also:

Es seien uns einige Bemerkungen geftattet. Diefer Beschluß bient allen jenen Gemeinben zur Genugtuung und Beruhigung, welche auch nach ber Ginwanderung und Aufnahme von Schülern anderer Ronfession an ben üblichen tonfeffionellen Schulgebeten festgehalten haben, fo lange wenigstens nur eine Minderheit ber Schuler anderer Ronfession mar. Dag man aber diese Minderbeit irgendwo zur Teilnahme am Gebet ber andern Ronfession gezwungen batte, ift uns unbefannt. Das erforderliche schickliche Benehmen ber nicht betenden Rinder ergab fich gleichfalls von felbft. Go mar Friede im Lande, mancherorts feit breifig und mehr Jahren, in fast ausschlieglich tatholischen Gemeinben, wie in ursprünglich ausschließlich protestantischen. Satte Die Regierung bem Begehren ber protestantischen Minderheit von Flums Folge gegeben und ben Refurs abgewiesen, so maren in rafcher Folge eine größere Bahl mehrheitlich tatholischer und protestant. Schulgemeinden in die gleiche Situation versett morben. - Run tann bas tonfess. Schulgebet wenigstens fo lange beibehalten werden, als eine Konfession unter ber Schülerschaft sich in ausgesprochener Mehrheit befindet. Der Enticheib ber Regierung respettiert bie Glanbens. und Gemiffens. freiheit, sowie die Rultusfreiheit eben nicht blig gegenüber einem offenen ober verstedten religiösen Mibilismus, sondern auch in ihrer positiven Betätigung. -Wenn es nun manchen "freisinnigen" Burger sonberbar anmutet, bag nicht ein neutralgraues Schulgebet biltiert murbe und bag eine Minderheit ber Schüler fich vom Schulgebet bispenfieren fann, fei hier nur baran erinnert, bag berfaffungsmäßig auch zu einem fonfestionelofen Schulgebet tein Schüler gezwungen werben tann, wenn ber Inhaber ber vaterlichen Gewalt es weigert. Wenn nun - auch in ber Lehrerzeitung - bem Refurs fan bus Bundesgericht gerufen wirb, fo follte es une auch Wunder nehmen, ob es mit bem Grunbfag ber Glaubens- und Gemiffensfreiheit vereinbar fei, Rinder ber anerkannten und verfassungsmäßig tolerierten Rofessionen zu einem "burgerlichen" (b. i. ??) Schulgebet zu zwingen. Für bie Formulierung biefes gehaltvollen, ftaats. erhaltenden und die Gemuter beruhigenden Spruches burfte ber O Rorrefponbent ber &. 3. ber richtige Mann fein, ba er zwar nicht über, aber - wie mann vernimmt - außer ben Parteien fteht.

llebrigens lehren Returse, wie der von Flums deutlich, daß die Simultanschule nicht die Gewähr des Friedens, sondern eine fortgesette Quelle von Differenzen ist. Wenn in der Begründung des regierungsrätlichen Entscheides tonstatiert wird, daß alle Schulen im Ranton als Simultanschulen zu bezeichnen sind, so trifft dies insosern zu, als man überall die versassungsmäßige Gewissensfreiheit respektiert und die Leitung der Schule durchaus versassungsmäßige mäßig erfolgt. Wenn einzelne gegnerische Organe nun verlangen, daß auch nicht anwesende Schüler und in der Schule nicht vorhandene Ueberzeugungen oder Bekenntnisse noch Einsluß haben müssen, so ist das die Seele des Janusgesichtes, das von der strikten Durchsührung des Postulates der bürgerlichen Schule— in liberaler Aussassungen abgesehen, aber die Ronsequenzen jenes Prinzirs in zirka 200 Schulen durchzwängen möchte. Ob nicht auch in protestantischen Gegenden dieser pietätslose und rüchsichtslose Liberalismus gelegentlich desavousiert wird?